

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e.V.

Goebenstraße 3a

30161 Hannover

www.bund-niedersachsen.de



19. August 2011

CO₂-Endlager-Projekte unter der Nordsee ad acta legen Neue BUND-Studie belegt CCS-Risiken für Meeresumwelt

Hamburg/Berlin/Hannover. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat davor gewarnt, in der Nordsee Projekte zur unterirdischen Verpressung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken oder Industrieanlagen zu verfolgen.

Die Anwendung der so genannten „CCS-Technologie“ (Carbon Capture and Storage) könne schwere ökologische Schäden bei der Fauna und Flora im Meer verursachen. Der hohe Druck, der zur Verpressung des Kohlendioxids in die Tiefe erforderlich sei sowie chemische Reaktionen im Untergrund könnten zu CO₂-Leckagen führen. Die zwangsläufige Verdrängung großer Mengen saliner Formationswässer, also salzhaltigen Wassers aus den unterirdischen Lagerstätten, durch das eingelagerte Kohlendioxid hätte verheerende Folgen sowohl für eine Vielzahl von Meereslebewesen als auch für regionale Wirtschaftszweige wie die Fischerei und den Tourismus. Möglich seien auch Beeinträchtigungen des UNESCO-Welterbes Wattenmeer sowie Versalzungen von Trinkwasservorkommen an der Nordseeküste. Bedroht sei außerdem eine Vielzahl von Riffen und Sandbänken, die zu Natura-2000-Schutzgebieten gehörten.

Der Umweltverband stellte in Hamburg ein Gutachten des Geologen Ralf Krupp mit dem Titel „Risiken der Verpressung von Kohlendioxid unter der Nordsee“ vor, das die geologischen und ökologischen Gefahren der Anwendung von CCS im deutschen Teil der Nordsee darstellt. Die Studie belege vor allem, dass die Folgen der Anwendung der CCS-Technologie noch zu wenig erforscht seien, deshalb müsse der Bundesrat das Gesetz zur Einführung der CCS-Technologie, das dort am 23. September auf der Agenda stehe, grundsätzlich ablehnen, sagte die BUND-Klimaexpertin Tina Löffelsend. „Ein CCS-Gesetz, das den Schutz der Umwelt und der Menschen nicht gewährleisten kann, darf nicht verabschiedet werden“, so Löffelsend.

Der Geologe Ralf Krupp sagte zu den Risiken der CO₂-Einlagerung: „Die Verpressung von CO₂ unter die Nordsee ist potentiell nicht weniger gefährlich als auf dem Festland, weil grundsätzlich die gleichen geologischen Mechanismen wirken. Das zentrale Problem liegt in der Verdrängung der salinen Formationswässer durch das CO₂. Wenn diese hoch salzhaltigen, anoxischen und mit teilweise giftigen Bestandteilen belasteten Wässer aufsteigen und am Meeresboden austreten, kann das schwere ökologische Schäden verursachen.“

Die BUND-Meeresexpertin Nadja Ziebarth wies auf die besonderen Risiken von CCS für die Meeresumwelt und das Wattenmeer hin: „In der Nordsee liegen die potentiell geeigneten CO₂-Lagerstätten vor allem in Natura-2000-Schutzgebieten. In Gefahr sind insbesondere die schützenswerten Riffe. Und zahllose Meerestiere und Vögel haben ihre Kinderstube im gefährdeten UNESCO-Welterbe Wattenmeer. Eine ökologisch intakte

Nordsee ist auch für die Fischerei und den Tourismus der Anrainerstaaten unverzichtbar. Wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass von unterseeischen CO₂-Lagerstätten keine Gefahr ausgeht, dürfen solche Projekte in der Nordsee auch nicht realisiert werden", sagte Ziebarth.

Der BUND lehnt die CCS-Technologie nicht nur wegen ihrer Risiken, sondern auch aus energiepolitischen Gründen ab. Löffelsend erläuterte: „Nicht nur, dass CCS massive Gefahren birgt. Kohlekraftwerke werden auch mit CCS nicht sauber. Stattdessen muss in CCS-Kraftwerken deutlich mehr Kohle verfeuert werden als in Kraftwerken ohne CCS. CCS dient vor allem dazu, den klimaschädlichen Kohlekraftwerken ein grünes Image zu geben und ihren Neubau zu legitimieren.“

In Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt demonstrieren Bürgerinitiativen und Umweltverbände, darunter der BUND und seine Landesverbände, seit längerem gegen die Pläne zur CO₂-Endlagerung. Der BUND startet heute im Internet unter <http://www.bund.net/ccs-stoppen> eine bundesweite Online-Protestaktion, bei der die Ministerpräsidenten der genannten Länder aufgefordert werden, im Bundesrat eine Ablehnung des CCS-Gesetzes herbeizuführen.

Die BUND-Studie „Risiken der Verpressung von Kohlendioxid unter der Nordsee“ finden Sie im Internet in einer Zusammenfassung unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/20110818_klima_risiken_ccs_offshore_kurzfassung.pdf

Die Langfassung finden Sie unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/20110817_klima_risiken_ccs_offshore.pdf

Pressekontakt:

- Tina Löffelsend, BUND-Klimaexpertin, Tel. 030 - 275 86- 433
- Nadja Ziebarth, BUND-Expertin für Meeresschutz, Tel. 0421 - 790 02 32, E-Mail: Nadja.Ziebarth@bund.net
- Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030 - 275 86 - 425/- 464, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net